

Ergänzungen zu meinem Aufsatz

„Wie kann die Friedensbewegung wirkmächtiger werden?“

Liebe Friedensfreundinnen, liebe Friedensfreunde,

damit hatte ich gar nicht gerechnet. Nachdem ich meinen Aufsatz „[Wie kann die Friedensbewegung wirkmächtiger werden?](#)“ Ende Juli an einige Aktive verschickt hatte, erhielt ich dazu viele Zuschriften. Viel Lob, aber auch, und wie gefordert, kritische Hinweise. Das beflügelt das eigene Denken. Ich kann hier nicht auf alles eingehen, sondern ich muss mich aus zeitlichen Gründen zunächst auf einige Fragen beschränken.

Es zeigt dies aber auch, dass es ein starkes Interesse an Debatten zu solchen Fragen gibt. Wenn ihr Vorschläge dafür habt, wie wir diese Debatte fortsetzen können, sagt mir dies bitte:

info@andreas-gruenwald.de

Nachfolgend nun meinerseits einige Kommentare, die sich auf Themen beziehen, die in diesen Zuschriften eine Rolle spielten. Wie folgt untergliedert:

Tomahawk-Raketen im Vergleich mit anderen Raketen	Ökonomisches Tauschgeschäft	Reale Kriegsgefahr	Politik und Friedensbewegung
Zeitliche und materielle Dimension	Tomahawk als Tauschgeschäft	Kann Deutschland einen Krieg gegen Russland führen?	Klassenwidersprüche betonen. Warum?
Technische Seite	Militärische Brückenfunktion	Wie dt. Politik Kriege provozieren kann	Friedensbewegung
Vergleich mit anderen Waffen	Das F-35-Projekt	Wie würde ein solcher Krieg enden?	Antimilitaristische Jugendbewegung
Rechtliche Seite im ‚Verteidigungsfall‘	Unterschiede Biden- und Trump	Regime-Change-Option	„Neue Friedensbewegung“
Was ist ein ‚Verteidigungsfall‘?	Nukleare Teilhabe	Was täten die USA und China?	Kriegsmüdigkeit
Aus russischer Sicht: das neue dt. Bedrohungspotential		Warum setzt das deutsche Kapital auf Ost-Expansion?	Friedens- und Klimabewegung
Deutschland überschreitet eine rote Linie.			

Mit freundlichen Grüßen

Andreas Grünwald (Anfang August 2026)

Bedeutung des Tomahawk-Raketen-Deals:

Zeitliche und materielle Dimension – Wie ist das einzuschätzen? Bisher gibt es einen ‚Letter of Intent‘. Nehmen wir an, die US-Regierung erteilt im August eine Exportgenehmigung, dann beschäftigt sich der US-Kongress damit 30 Tage. Erst danach könnte daraus ein regulärer Kaufvertrag werden. Wir werden vor September also nicht wissen, was da kommt, zu welchen (politischen) Bedingungen und zu welchen genauen Kosten. Zum Lieferzeitpunkt werden wohl auch dann noch keine Angaben möglich sein.

Technische Seite – Warum sind die Tomahawk-Raketen in ihrer Verwendung eingeschränkt? Die Tomahawks sind ohne Billigung der USA nicht nutzbar. Bei den Tomahawks bleiben die End-Use Monitoring-Konditionen vollständig bei den USA. Sie können Ersatzteile, Updates jederzeit stoppen. Vor allem sind diese Waffen ohne die Freigabe von GPS-Militärdaten aber nicht einsatzfähig.

Vergleich mit anderen Waffen: Waffen aus dem ELSA-Programm können indes über deutsche (oder auch europäische) Satellitensysteme gesteuert werden. Vollkommen autark. Das betrifft ebenso das deutsch-norwegische Projekt 3SM Tyrfing sowie weitere Waffen, die nun neu entwickelt werden.

Rechtliche Seite / Nato-Einbindung: Völkerrechtlich darf Deutschland konventionelle Waffen im ‚Verteidigungsfall‘ auch ohne Nato-Zustimmung einsetzen. Die Entscheidung obliegt der Bundesregierung (die sich nachträglich (!) bei ‚Gefahr im Verzug‘ ein Bundestagsvotum holen muss). Bei den Tomahawk-Raketen funktioniert das aber nur mit Billigung aus den USA.

Was stellen wir uns unter einem ‚Verteidigungsfall‘ vor? Dafür würde z.B. ein Angriff auf eine Fregatte in der Ostsee schon reichen. Denn Fregatten sind rechtlich betrachtet schwimmendes deutsches Staatsgebiet. Die Bundesregierung könnte rein rechtlich sofort agieren. Will sagen: auch niederschwellige Konflikte können schnell eskalieren.

Warum verändert sich aus russischer Sicht die Bedrohungslage vor allem mit den neuen Waffen aus dem ELSA-Programm und dem 3SM Tyrfing-Projekt fundamental? Durch die Aufrüstung mit Waffensystemen, die nicht an ein Veto der USA gebunden sind, entsteht ein neues deutsches Offensivpotenzial, was es bisher so nicht gab. Deutschland wird militärisch betrachtet zu einem eigenständig agierenden Akteur. Dazu kommt: während die Tomahawk-Raketen Unterschall-Marschflugkörper sind, zielt das Projekt mit Norwegen (3SM) auf hochgradig manövrierfähige Überschall-Geschwindigkeiten. Die wären nur schwer abzufangen. ELSA sieht neben Marschflugkörpern zudem die Produktion großer Mengen an Kampfdrohnen vor. Ein koordinierter Angriff könnte die russische Radar- und Luftabwehr schnell sättigen, während die präzisen Marschflugkörper die Hauptziele zerstören. Militärisch hätte das einen „Sperrbrecher-Effekt“.

Deutschland überschreitet damit eine rote Linie. Es ergibt sich aus russischer Sicht ein qualitativ neues Bedrohungspotential, und womit insbesondere deutsche Infrastrukturknoten für mögliche Präventivschläge ins Zentrum rücken.

Zur Frage des ökonomischen Tauschgeschäfts

Ökonomisches Tauschgeschäft: Ich hatte im Zusammenhang mit dem Tomahawk-Deal von einem „ökonomischen Tauschgeschäft“ gesprochen. Um damit die eigene Exportindustrie abzusichern. Warum ist das so und obwohl die bereits zuvor mit US-Firmen realisierten Abkommen (F-35 + das Chinook-Transporthubschrauber-Projekt) der US-Rüstungsindustrie erheblich mehr einbrachten? Ich denke: Man darf diese unterschiedlichen Geschäfte nicht isoliert betrachten, sondern in ihrer Kontinuität. Der Tomahawk-Deal setzt ein klares politisches Signal, dass es so weitergehen kann.

Militärische Brückenfunktion: Die US-Politiker wissen trotzdem, dass Deutschland andere Schwerpunkte setzt. Das Problem: das europäische ELSA-Programm lässt sich vor 2035 nicht realisieren. Insofern präzisiere ich meine Aussage im Aufsatz: Die Tomahawk-Raketen haben im Kriegsfall eine militärische Funktion. Aber eben nur, wenn die USA mitziehen. Aus deutscher Sicht hat das Projekt eine Brückenfunktion, bis die eigene militärtechnische Autonomie stärker geworden ist. Diese Präzisierung negiert aber die außenwirtschaftliche These als Motiv die Anschaffung dieser Raketen nicht. Die Tomahawk-Raketen stehen nicht im Zentrum deutscher Aufrüstungspolitik sind. Eine zu einseitige Orientierung in unseren Protesten vor allem auf diese Frage, wäre daher fehlerhaft.

Besonderheiten des F-35-Projekts: Ist nicht auch schon das F-35-Jet-Projekt technologisch von den USA abhängig gewesen? Zum F-35 gab es 2022 keine militärische Alternative. Zwar ist technologische Abhängigkeit von US-Datennetzwerken dort noch stärker gegeben, aber die Bundeswehr will im Kriegsfall dazu in der Lage sein US-Atombomben, die in Büchel lagern, ins Ziel zu fliegen. Das geht nur mit Jets, die US-zertifiziert sind. Ohne diese gibt es keine Nukleare Teilhabe. Deutschland stand vor der Wahl, diese zu verlieren oder die F-35 als einzig einsatzbereites, bereits zertifiziertes System, zu kaufen. Großbritannien, Italien, die Niederlande, Norwegen, Dänemark, Belgien, Polen und Finnland hatten sich bereits zuvor für die F-35 entschieden.

Unterschiede zwischen der Biden- und der Trump-Administration: Dass zwischen diesen beiden Regierungsphasen Welten betreff der strategisch-politischen Zielsysteme der USA liegen, wird häufiger ausgeblendet. In Artikeln oder Büchern, die bereits vor etlichen Jahren erschienen, kann man dazu deshalb auch nichts finden.

Nukleare Teilhabe: Mit den Veränderungen im strategischen Zielsystem der US-Politik, verändert sich auch die deutsche Militärstrategie. Erst im März 2026 bildeten Deutschland und Frankreich eine hochrangige nukleare Steuerungsgruppe. Erst vor einigen Tagen, im Juli 2026, beteiligten sich deutsche Eurofighter erstmals (konventionell flankierend) an einer französischen Nuklearübung. Das zugrunde liegende Konzept sieht vor, dass Frankreich im Krisenfall atomar bewaffnete Jets auf die Territorien seiner europäischen Verbündeten verlegt. Eine rein deutsche Lösung kann es aus rechtlichen, militärischen und politischen Gründen absehbar im Bereich Nuklearer Teilhabe indes nicht geben. Das ist ein wichtiger Grund dafür, warum die Einbindung Deutschlands in die Nato aus der Sicht herrschender Politik notwendig bleibt.

Die Kriegsgefahr wächst

Kann Deutschland allein einen Krieg gegen Russland führen? Nein! Denn selbst wenn man von der Frage der atomaren Bewaffnung absieht, verfügt Deutschland noch längere Zeit auch in anderen Bereichen noch nicht über die Systeme, die für einen Krieg mit Russland notwendig wären. Weder im Bereich der Aufklärung noch im logistischen Rahmen. Die Bundeswehr ist strukturell als Bündnisarmee konzipiert. Jede größere Operation ist operativ auf die NATO-Infrastruktur angewiesen. Trotz der Aufrüstungsprogramme fehlen die industriellen Kapazitäten und Munitionsdepots, um einen Krieg mit Russland durchzustehen.

Deutschland kann einen Krieg aber provozieren, also auslösen. Realisiert werden neue weitreichende Präzisionswaffen (wie Marschflugkörper). Das sind Deep Precision Strike Waffen, konventionelle Marschflugkörper, aber auch ballistische Raketen und Hyperschallgleiter mit einer Reichweite von über 2.000 Kilometern. Bisher verfügte Westeuropa (abseits von luftgestützten Systemen wie Taurus oder Storm Shadow) kaum über landgestützte, strategische Abstandswaffen. Ein bodengebundenes ELSA-System, das von deutschem oder polnischem Boden aus tief in das russische Kernland reichen kann, schafft militärisch eine neue Situation. Bestandteil dieses Programms ist, wie erwähnt, die Entwicklung neuer Langstreckenkampfdrohnen, die ebenfalls tief in gegnerische Lufträume eindringen können. Dazu kommen „ukrainische“ Waffen, die in Wirklichkeit deutsche sind, weil sie überwiegend auf deutscher Technologie und Geld aus Deutschland basieren. Parallel testen Deutschland und die Ukraine neue Laser-Luftabwehrsysteme. Erst im März dieses Jahres hat Deutschland zudem seine strategische Rüstungspartnerschaft mit Norwegen intensiviert. Entstehen soll ein dichtes Überwachungs- und Angriffsnetzwerk an der russischen Nordflanke. Es ist diese Kombination von unterschiedlichen Waffensystemen, die für Russland eine neue Bedrohungslage schafft, und in deren Rahmen russisches Territorium ja auch jetzt von der Ukraine aus beschossen wird.

Angenommen es käme zu einer kriegesischen Eskalation, angenommen die USA würden sich an einer solchen nicht, oder nur halbherzig, beteiligen. Wer würde diesen Krieg gewinnen? Russland verfügt über eine gut ausgebaute Rüstungswirtschaft, doch die kumulierten materiellen und ökonomischen Verschleißerscheinungen im Ukraine-Stellvertreterkrieg sind erheblich. Aber was nützt das, wenn Westeuropa dann im Falle eines Kriegs mit Atomwaffen in Schutt und Asche gelegt werden würde? Ich denke, dass das Gesamtkonzert gegenwärtiger deutscher Aufrüstungsbemühungen zum Ziel hat, in einem Krieg nicht nur russische Energie- und Logistikinfrastruktur, sondern auch einen großen Teil der militärischen Struktur, samt der Atomwaffen, „präventiv“ zerstören zu können. Aber das gelingen könnte, ist eher fraglich. Im konventionellen Bereich ist das Kräfteverhältnis zwischen Westeuropa und Russland indes asymmetrisch. Bei den Luftstreitkräften, in der Marine, bei Panzern und im Artillerie-Bereich, überall ist Nato-Europa Russland schon jetzt haushoch überlegen. Dass man im Kriegsfall das russische Atomwaffenpotential unschädlich machen könnte, daran glaube ich aber nicht.

Regime-Change-Option: Realistischer erscheint daher die Regime-Change-Option im Zielsystem deutscher Politik. Damit gibt es Erfahrungen, denken wir an den Kalten Krieg und das Ende der Sowjetunion. Wäre diese erfolgreich, so würde dies für das deutsche Kapital enorme ökonomische Verwertungspotentiale öffnen. Auch den Zugriff auf günstige Rohstoffe. Wie realistisch ist eine solche Option? Die wirtschaftliche Belastung durch den andauernden Stellvertreter-Krieg in der Ukraine und das zeitgleiche Aufrüsten mit Waffensystemen neuer Qualität setzt Russland unter Druck. Es gibt erste Anzeichen für eine ökonomische Erschöpfung, die politische Instabilität auslösen könnte. Darauf hoffen deutsche Politiker. Dies alles setzt jedoch voraus, dass die Lage nicht zuvor explodiert. Ein riskantes Spiel mit dem Feuer eines großen Krieges.

Wie würden die USA reagieren? Wie China? Die Verhinderung eines eurasischen Blocks war immer ein Ziel der US-Politik. Ich hatte das in meinem Aufsatz erwähnt. Dieses Konzept geht zurück auf Sir Halford Mackinder („Wer das Herzland beherrscht, beherrscht die Welt“) und wurde von US-Strategen wie Zbigniew Brzezinski tief in der amerikanischen Außenpolitik verankert. Sollte es durch den militärischen Druck tatsächlich zu einem Zusammenbruch des aktuellen Systems in Russland kommen, würden sowohl die USA als auch China intervenieren. Die USA würden bei einem Regime-Change versuchen, die Kontrolle zu erlangen. Ihr Ziel wäre ein pro-westliches, aber strukturell schwaches Russland, das eng an Washington (und nicht an Brüssel oder Berlin) gebunden ist. Sie würden verhindern wollen, dass europäische Staaten exklusive Rohstoff-Deals abschließen, die die strategische Relevanz der USA in solchen Fragen senken würde. Für China wäre es eine zusätzliche Bedrohung an dessen Nordgrenze, die das Land nicht zulassen kann. Dazu kommt, dass die ökonomischen Beziehungen zwischen Russland und China massiv gewachsen sind. In einem solchem Szenario geriete der deutsche und westeuropäische Imperialismus also zugleich in ein Zweifronten-Dilemma mit den Interessen der USA und denen von China. Das Ganze würde zu einer enormen Verschärfung in den geopolitischen Kämpfen führen.

Warum setzt der deutsche Imperialismus so sehr auf eine Ost-Expansion? Verdeutlichen wir uns dies am Beispiel von Afrika: Europa hat den afrikanischen Markt bereits jetzt verloren. China investiert dort seit Jahrzehnten Milliarden in Infrastruktur (Häfen, Schienen, Minen) – und zwar nach dem Prinzip der „Nichteinmischung“ in innere Angelegenheiten dieser Länder. Für großflächige ökonomische Entfaltung fehlen in weiten Teilen Afrikas infrastrukturelle Voraussetzungen, die, um sie zu lösen, gigantisch hohe Investitionen in die Infrastruktur voraussetzen würden. China kann das mit seinem politischen System. Deutschland und die westeuropäischen Mächte können dies nicht, weil sich diese Investitionen profitabel erst sehr langfristig amortisieren. Um aus der Krise ihrer eigenen Kapitalverwertung herauszukommen, drängt es den deutschen Imperialismus daher in östliche Richtung. Das hat historische Kontinuität.

Politische Entwicklungen und Friedensbewegung

Wir benötigen eine Veränderung im politischen Gefüge. Kräfte, die sich wieder stärker an Klassenwidersprüchen orientieren. Wir benötigen Bündnisse mit Gewerkschafterinnen

und Gewerkschaftern. Ist das nicht zu einseitig? Wohin die Hochrüstungs- und Kriegsoptionen westeuropäischer Mächte, mit Deutschland an der Spitze, auch führen werden, sie sind allesamt hochgefährlich. Bis hin zu der Gefahr einen Weltkrieg auszulösen. Und sie sind gleichzeitig aber auch alle (!) zum Scheitern verurteilt. Denn wenn die traditionelle deutsche „Ostoption“ blockiert bleibt (siehe oben), verliert das europäische, insbesondere das deutsche Kapital wichtige Voraussetzungen dafür, um sich wieder profitabler zu verwerten. Das ist schon jetzt spürbar. Es gibt Deindustrialisierung. Energieintensive Branchen (Chemie, Stahl, Metallverarbeitung) wandern in die USA oder nach Asien ab. Überall gibt es sozialen Kahl-schlag, der sich im Zuge der Hochrüstung beschleunigt. Wenn der industrielle Kern schrumpft, fehlt dem Kapital zugleich die Luft für teure Zukunftsinvestitionen (wie KI, Robotik oder grüne Technologien). Europa wird zum „Museumskontinent“. Reich an Kultur, aber technologisch abgehängt. Das alles schlägt auf das politische System durch, das zunehmend instabiler wird. Die Parteien der „Mitte“ verlieren ihre Basis. Rechtspopulistische Formationen werden immer stärker, was aber diese Verteilungskämpfe (vielleicht nach einer kurzen Atem-pause) umso massiver wieder aufbrechen lässt. Gleichzeitig wachsen damit die Widersprüche zwischen den europäischen Mächten. Das alles führt in eine Phase sich wieder zuspitzender Klassenkämpfe, die nach gesellschaftspolitischen Alternativen regelrecht schreit. Wo-rauf es mir ankommt, ist, dass sich diese Frage nicht nur allgemein / abstrakt und immer stellt, sondern ganz akut insbesondere auch friedenspolitisch, um einen großen Krieg zu ver-hindern.

Die Friedensbewegung: In Zuschriften, wurde mehrfach die Zerrissenheit unserer Bewegung beklagt. Inhaltlich, wie organisatorisch und vor allem mit Blick auf ihre Mobilisierungsfähigkeit. Darauf weist auch eine erst im Juni dieses Jahres erschienene Studie der ‚Zeitschrift für Friedens- und Konfliktforschung‘ hin. (Siehe dazu: <https://link.springer.com/article/10.1007/s42597-026-00173-w>). Viele der in der Friedensbewegung aktiven Gruppen sind in den alten Strukturen unserer Bewegung nicht mehr einbezogen. Häufig nicht mal informell. Besonders gilt dies für Gruppen, die erst in den letzten Jahren entstanden. Das verstärkt Fragmentierung. Ich finde es alarmierend, dass nach dieser hier benannten Studie nur etwa 1 Prozent aller friedenspolitisch aktiven Gruppen etwas mit den Gewerkschaften zu tun haben. Auch in den Parteien ist ein Rückgang friedenspolitischer Aktivitäten feststellbar. Diese Verankerung auch in Parteien, in Betrieben und Gewerkschaften war aber eine der Voraussetzungen dafür, dass die Friedensbewegung Anfang der 1980er Jahre zu einer Massenbewegung zeitweilig werden konnte. Eher schwierig ist auch die Situation in Ostdeutschland, wo dieses Feld der Friedenspolitik häufig von rechtspopulistisch agierenden Parteien übernommen wurde.

Warum setze ich so viel Hoffnung auf die antimilitaristische Jugendbewegung? Deren Akteure politisieren sich stärker als die ältere Generation von Friedensaktiven an den Zumutungen dieses kapitalistischen Systems, das sich in einer fundamentalen Krise befindet. Eine große Rolle spielen in diesem Zusammenhang auch die damit zusammenhängenden sozialen Verwerfungen. Das ist von strategischer Bedeutung. Während wir Älteren häufiger pazifistisch orientiert sind, sieht sich diese neue Bewegung auch in anderen politischen Fragen sehr viel stärker auch klassenpolitisch herausgefordert.

Neue Friedensbewegung ... Abseits der ‚alten‘ Friedensbewegung ist im Laufe der letzten zehn bis fünfzehn Jahre zudem eine ‚neue Friedensbewegung‘ entstanden. Solche Gruppen beschäftigen sich stark mit Fragen der Demagogie und Manipulation, wie sie vom politischen Establishment auch für andere politische Bereiche gegeben ist. Viele ihrer Akteure politisierten sich in der Anti-Corona-Maßnahmen-Bewegung. Sie hinterfragen die Deutungshoheit der bürgerlichen Medien und staatlicher Institutionen. Sie fragen nach Ursachen und Wirkungen. Sie setzen auf menschliche Werte, statt auf Feindschaft sowie auf Basisverankerung und Selbsthilfe. Weil das so ist, sehen sie sich häufig mit dem Vorwurf konfrontiert „verschwörungstheoretisch“ zu agieren. Doch gerade Linke müssten doch erkennen, dass solche ‚Verschwörung‘ nicht in den Köpfen dieser Menschen entsteht, sondern dass es dieses kapitalistische System ist, das zu solchen Methoden greift.

Kriegsmüdigkeit: Ich bin in einigen Zuschriften mit dem Begriff der ‚Kriegsmüdigkeit‘ konfrontiert worden und mit der Frage, warum wir daran nicht stärker anknüpfen? Das ist richtig. Zum Beispiel in der Ukraine, wo sich inzwischen Millionen von Menschen den brutal agierenden staatlichen Rekrutierungstrupps entziehen, sich verstecken, zunehmend aber auch organisiert gegen diese Menschenjäger aktiv werden. Erinnern wir uns: Vor dem Aufstand der Kieler Matrosen 1918 gab es in Deutschland im 1. Weltkrieg das, was Historiker später den „Militärstreik“ nannten. Hunderttausende kehrten vom Heimaturlaub nicht mehr an die Front zurück. Kriege sind ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Den Asyl-Suchenden Deserteuren muss geholfen werden.

Zusammenhang zwischen Friedens- und Umweltbewegung: In zwei Zuschriften wurde der Zusammenhang zwischen Friedens- und Umweltbewegungen betont. Da besteht in der Tat ein objektiver Zusammenhang. Profite entstehen im Kapitalismus durch die Ausbeutung fremder Arbeitszeit. Doch die Hemmungslosigkeit, die Anarchie und Planlosigkeit, mit der auch natürliche Ressourcen ausgebeutet werden, ist ähnlich rücksichtslos. Getrieben nach Profit berauben die großen Kapitalisten »die ganze Welt, die Menschenwelt wie auch die Natur, ihres eigentümlichen Werts« [Karl Marx: Das Kapital, MEW 23, S. 330]. Weil natürliche Ressourcen aber ungleich verteilt sind, befeuert auch dies imperialistische Kriege.